

Vortrag an den Ministerrat

Bericht über die Tagung des Rates der Europäischen Union (Telekommunikation), Luxemburg, 2. Juni 2023

Die Ergebnisse der Tagung des Rates Verkehr, Telekommunikation und Energie (TTE) vom 2. Juni 2023, betreffend die Dossiers aus dem Bereich Telekommunikation, können wie folgt zusammengefasst werden:

- Österreich wurde durch StS Florian Tursky, MSc. MBA. vertreten. Seitens der EK war Kommissar Thierry Breton (Binnenmarkt und Dienstleistungen) anwesend. Den Vorsitz führte der SE Minister für öffentliche Verwaltung, Erik Slottnner.

Beratungen über Gesetzgebungsakte

- Zu Beginn der Tagung präsentierte der Vorsitz Fortschrittsberichte betreffend die:
 - Verordnung über Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Gigabit-Netzen für die elektronische Kommunikation (Gigabit Infrastructure Act). Der Vorsitz verwies auf die Ziele des Vorschlags bei der Ausrollung von Hochgeschwindigkeitsnetzen (VHCN) als Nachfolgeregelung der Breitbandkostenreduzierungs-RL: Minimumharmonisierung bei Genehmigungsverfahren, Kostenreduzierung, kürzere Verfahrensdauer, bessere Koordinierung. Die MinisterInnen begrüßten den Vorschlag, verwiesen aber auf die Notwendigkeit der detaillierteren Prüfung und hoben folgende Aspekte hervor: Technologieneutralität, ausreichende Zeit zur Umsetzung, Flexibilität für MS/Berücksichtigung nationaler Gegebenheiten, Kritik zum vorgeschlagenen Genehmigungsautomatismus, Konsistenz mit Telekom-Kodex, Reduzierung des bürokratischen Mehraufwands für Unternehmen/Behörden.
 - Verordnung über Maßnahmen für ein hohes Maß an Interoperabilität des öffentlichen Sektors in der Union (Interoperable Europe Act). Der Vorsitz

- unterstrich einleitend das Hauptziel des Verordnungsentwurfs für eine effizientere und nahtlose Bereitstellung von grenzüberschreitenden Dienstleistungen zum Vorteil von BürgerInnen und Unternehmen. Österreich begrüßte den Vorschlag, bei einigen Bestimmungen müsste aber deutlich nachgeschärft, vorhandene Synergien bestmöglich genutzt und darauf geachtet werden, den Verwaltungsaufwand überschaubar zu halten.
- Verordnung über horizontale Cybersicherheitsanforderungen für Produkte mit digitalen Elementen (Cyber Resilience Act). Der Vorsitz betonte insbesondere die erhöhte Verbrauchersicherheit, die durch die Festlegung von Cybersicherheit-Mindeststandards für digitale Produkte erzielt werde. Die MinisterInnen befanden den Text als in die richtige Richtung gehend und betonten die Bedeutung eines sicheren digitalen Umfelds für BürgerInnen.
 - Die MinisterInnen unterstützten die wichtigsten Ziele aller drei Vorschläge und nahmen die Fortschrittsberichte zur Kenntnis. Die Arbeiten im Rat werden unter der spanischen Präsidentschaft fortgesetzt.

Nicht der Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

- Die Orientierungsaussprache konzentrierte sich auf das Thema Zukunft des Konnektivitätssektors und die Frage, inwieweit generelle Eingriffe zur Hebung des Investitionsniveaus notwendig seien und im Speziellen, ob Inhalte- und Anwendungsanbieter (CAP) einen finanziellen Anteil tragen sollten.
- Sämtliche MinisterInnen begrüßten die Diskussion und sahen die Wichtigkeit der Aussprache. Ambitionen müssten hochgehalten werden; klar sei, dass mehr Investments notwendig seien, um die digitalen Ziele, Netzsicherheit und langfristige Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen.
- Ein Großteil der Mitgliedstaaten sprach sich gegen Eingriffe in bestehende Regelungen aus und warnte die EK vor überhasteten Entscheidungen ohne Folgenabschätzung, wissenschaftliche Grundlage oder Vorliegen eines Marktversagens. Ebenso sahen viele der Mitgliedstaaten die Idee eines direkten Kompensationsmechanismus für Telekomanbieter problematisch. Einzelne Mitgliedstaaten unterstützten dies unter Verweis auf einen fairen Beitrag von allen Marktteilnehmern und besonders jenen, die die Infrastruktur am meisten beanspruchen würden.

Sonstiges

- Unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ informierte der Vorsitz über laufende Arbeiten zur Verordnung über harmonisierte Vorschriften für einen fairen

Datenzugang und eine faire Datennutzung (Data Act), zur Verordnung im Hinblick auf die Schaffung eines Rahmens für eine europäische elektronische Identität (eIDAS), zur Verordnung über Privatsphäre und elektronische Kommunikation (ePrivacy) sowie über die Konferenz über nachhaltige KI in Göteborg.

- Die EK informierte über rezente Internationale Initiativen im digitalen Bereich; LT, PL und PT über einen Koordinierungsmechanismus zur Stärkung der Beziehungen zwischen der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) und der EU; PL über mögliche Verbesserung des DESI-Index sowie DK über Verfahren und Initiativen zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz.
- Abschließend präsentierte der künftige spanische Vorsitz seine geplanten Prioritäten und informierte über bevorstehende Termine.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

21. Juli 2023

Dr. Magnus Brunner, LL.M.
Bundesminister